

Aufklärung gegen EU-Skepsis

Mit dem Schweizer Votum gegen Masseneinwanderung stehen die engen Beziehungen zur Europäischen Union auf dem Spiel. Die EU-Parlamentarier aus dem Nordwesten reagieren bestürzt und befürchten wachsende Europaskepsis in Deutschland. VON THOMAS TIEDE

DELMENHORST-BRÜSSEL. Mit knapper Mehrheit haben die Schweizer einer Beschränkung der Zuwanderung zugestimmt. Europaweit ist das Entsetzen in der Politik groß – in den Foren und sozialen Netzen scheint die Freude über das Votum zu überwiegen: Endlich, so der Tenor, wagt es ein Volk einmal, den Politikern in Sachen Europa einen Strich durch die Rechnung zu machen. Sind die Europäer europamüde geworden?

Für den Vechtaer Europaabgeordneten Hans-Peter Mayer (CDU) ist das Votum der Schweizer höchst problematisch. Da die Schweiz dank zahlreicher Abkommen „Quasi-Mitglied der EU“ sei, stehen im Falle einer Umsetzung viele bilaterale Verträge auf der Kippe. „Auch für

die Schweiz gilt ‚alles oder nichts‘ – entweder man ist im Binnenmarkt oder man ist draußen.“ Doch hätten die Eidgenossen drei Jahre Zeit zur Umsetzung – oder zum Widerruf durch eine neue Volksabstimmung. „Es wäre nicht das erste Mal, dass in Europa eine Abstimmung wiederholt wird, bis das Ergebnis passt“, sagte Mayer in Anspielung etwa auf den Vertrag von Lissabon, der in Irland erst im zweiten Referendum angenommen wurde.

Auch Matthias Groote prangert die „Rosinenpickerei“ des Nachbarn an, der in anderen Bereichen stets darauf achte, EU-Mitgliedern gleichgestellt zu werden. Der SPD-Politiker aus Ostrhauderfehn fürchtet zudem um eine wachsende Europaskepsis auch in Deutschland. „Wir müssen die Sorgen der Menschen endlich ernst nehmen, statt ihnen mit Europaduselei und erhobenen Zeigefinger zu



Alphorn-Festival in Nendaz: Dem „Quasi-EU-Mitglied“ Schweiz drohen ernsthafte Konsequenzen. FOTO: DPA

kommen“, sagte er gestern dem dk. Wichtig sei es, einmal konkret die Vorteile der Freizügigkeit kenntlich zu machen – etwa bei Bauunternehmen im Nordwesten, die mit großem Erfolg Aufträge in den Niederlanden übernahmen.

Auch CDU-Mann Mayer setzt auf mehr Aufklärung über die Auswirkungen

des EU-Binnenmarktes. So sei die oft angeführte sogenannte Armutszuwanderung gar keine Folge der Freizügigkeits-Regelungen. Vielmehr gebe es Probleme bei der Umsetzung: Schon heute könnten Menschen aus anderen EU-Ländern wieder zurückgeschickt werden, wenn sie weder Geldmittel noch einen Ar-

beitsvertrag vorweisen können. Generell einig sind sich Groote und Mayer in einem Punkt: Kein EU-Mitglied profitiere so sehr vom gemeinsamen Binnenmarkt wie Deutschland.



Hans-Peter Mayer



Matthias Groote